

Studie

Digitalisierung ist größte Herausforderung

[09.06.2016] Laut der deutschlandweiten Studie Zukunftspanel Staat & Verwaltung 2016 bewertet die öffentliche Verwaltung die Digitalisierung als größte Herausforderung der kommenden Jahre. Die Bewältigung der Flüchtlingssituation wird erst an fünfter Stelle genannt.

Die öffentliche Verwaltung in Deutschland sieht im E-Government und der Digitalisierung die größte Herausforderung der kommenden fünf Jahre. Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen werden hingegen erst an fünfter Stelle genannt. Das sind die Ergebnisse der deutschlandweiten Studie „Zukunftspanel Staat & Verwaltung 2016“. Erstellt wurde die Untersuchung von der Wegweiser GmbH und der Hertie School of Governance im Vorfeld des 4. Zukunftskongresses Staat & Verwaltung am 21. und 22. Juni 2016 in Berlin ([wir berichteten](#)). Laut Wegweiser hat Professor Gerhard Hammerschmid von der Hertie School für die Studie über 1.200 Verwaltungsstellen in Bund, Ländern und Kommunen mit über 20.000 Einwohnern befragt. Mit 43 Prozent Zustimmung nehmen demnach E-Government und die Digitalisierung den Spitzenplatz ein. Der Anteil der Behörden mit einer eigenen digitalen Strategie ist im Vergleich zum Vorjahr von 36 auf 37,5 Prozent leicht gestiegen. Bei 76,8 Prozent der befragten Verwaltungen wird daran gearbeitet, Behördenangebote online bereitzustellen, weitere 20,3 Prozent planen die Umsetzung. Schwerpunkte bilden hier die Digitalisierung der Informationsbereitstellung, der Antragstellung und des Meldewesens sowie Kfz-bezogener Dienstleistungen. Bei der Bereitstellung von E-Government-Lösungen dominieren laut der Erhebung die De-Mail, die elektronische Vergabe, die Digitalisierung des Rechnungswesens und die Umsetzung oder Planung der E-Akte. Mehr als die Hälfte der Behörden planen hingegen keinen Einsatz von Big Data oder Cloud Computing. Auch hinsichtlich der Interaktion mit den Bürgern haben 68 Prozent keine Plattformen wie Online-Diskussionsforen geplant. Zwölf Prozent der Behörden planen die Umsetzung von Online-Petitionen, 79 Prozent streben hier bislang keine Umsetzung an. 36 Prozent der Befragten nutzen soziale Medien zur Kommunikation mit den Bürgern, ein Drittel plane keinen Einsatz dieser Kommunikationsmittel. Digitalisierung und E-Government-Anwendungen optimieren laut den Befragten den Zugang zu zentralen Verwaltungsleistungen sowie interne Vorgänge, entlasten aber auch die Haushalte. Die Maßnahmen mit dem größten Einsparpotenzial sind aus Sicht der Verwaltungen die E-Akte und elektronische Vorgangsbearbeitung (79 Prozent), der Auf- und Ausbau des Online-Angebots von Behördendienstleistungen (55 Prozent) sowie die stärkere Standardisierung, etwa von IT-Verwaltungsleistungen (46 Prozent). Um die Potenziale der Digitalisierung auf Behördenebene noch stärker ausschöpfen zu können, bezeichnen die Befragten folgende Herausforderungen als relevant: die Qualifizierung von Führungskräften und Mitarbeitern in digitalen Kompetenzen (71 Prozent), die Führungskultur und Entscheidungsstruktur in einer Behörde (62 Prozent) sowie der Fachkräftemangel im IT-Bereich (60 Prozent). Die Flüchtlingssituation nehmen die Behörden übrigens auch als Chance wahr. Fast die Hälfte der Befragten erwartet Impulse für behördenübergreifende IT-Lösungen und deren Abstimmung im föderalen System. Positive Auswirkungen werden zudem im Hinblick auf eine bessere fachliche Zusammenarbeit, die Prozessneugestaltung und die Modernisierung der IT-Systeme erwartet.

(ve)

Stichwörter: Politik, Wegweiser, Hertie School of Governance, Studie